

SGB III • Sozialgesetzbuch Arbeitsförderung

Kommentar

Bearbeitet von

Herausgegeben von Dr. Jürgen Brand, Rechtsanwalt, Richter des Verfassungsgerichtshofs für das Land NRW (2006-2012), Präsident des Landessozialgerichts NRW a.D., Wolfgang Düe, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Rupert Hassel, Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg, Carsten Karmanski, Richter am Bundessozialgericht, und Dr. Martin Kühl, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht NRW

8. Auflage 2018. Buch. XXXIV, 1245 S. In Leinen
ISBN 978 3 406 71887 8
Format (B x L): 12,8 x 19,4 cm

[Recht > Sozialrecht > SGB III – Arbeitsförderung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Brand
Sozialgesetzbuch
Arbeitsförderung
– SGB III –

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Sozialgesetzbuch

Arbeitsförderung

– SGB III –

Kommentar

Herausgegeben von

Dr. Jürgen Brand

Rechtsanwalt, Richter des Verfassungsgerichtshofs
für das Land NRW (2006–2012),
Präsident des LSG NRW a. D.

Bearbeitet von

Dr. Jürgen Brand

Rechtsanwalt, Richter
des Verfassungsgerichtshofs
für das Land NRW (2006–2012),
Präsident des LSG NRW a. D.

Rupert Hassel

Richter am LSG Baden-Württemberg

Wolfgang Düe

Vorsitzender Richter
am LSG Berlin-Brandenburg

Carsten Karmanski

Richter am BSG

Dr. Martin Kühl

Vorsitzender Richter am LSG NRW

8. Auflage 2018



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 71887-8

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 8. Auflage

29 Monate und mehr als 20 gesetzliche Änderungen sind seit der letzten Auflage vergangen.

Die neue, nunmehr 8. Auflage, berücksichtigt den Gesetzes- und Rechtsprechungsstand vom 15. Februar 2018.

An Änderungsgesetzen sind vor allem das 2. PflegestärkungsG vom 21.12.2015, das Arbeitslosenversicherungsschutz- und WeiterbildungsstärkungsG vom 18.7.2016, das Bunde teilhabeG vom 23.12.2016 und das Rentenüberleitungs-AbschlussG vom 17.7.2017 zu nennen.

Die Rechtsprechung aller Instanzen entwickelte das SGB III auch im Berichtszeitraum in nennenswertem Umfang weiter.

Hervorzuheben sind hier vor allem die beiden Entscheidungen des BSG vom 23.2.2017 (B 11 AL 3/16 R und 4/16 R), die sich mit der Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „unmittelbar“ in § 26 Abs. 2 befassen und eine erfreuliche Flexibilisierung dieses Begriffs im Interesse der Versicherten mit sich bringen.

Mit der Frage einer Sperrwirkung eines zweiten Insolvenzereignisses über das freigegebene Vermögen des Arbeitgebers befasste sich das Gericht am 9.6.2017 und stellte fest, dass die Freigabe des Vermögens aus einer selbstständigen Tätigkeit keinen Verzicht auf das Erfordernis der Wiederherstellung der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers nach einem ersten Insolvenzereignisses rechtfertigt. Ebenfalls mit der Gewährung von Insolvenzgeld, und zwar mit der Höhe der Leistung während der Altersteilzeit, beschäftigte sich das Gericht am 12.12.2017 (B 11 AL 28/16 R) und hat entschieden, dass die Höhe des Insolvenzgeldes sich grundsätzlich nach dem reduzierten Entgeltanspruch, den der Betroffene während der Arbeitsphase der Altersteilzeit zu beanspruchen hat, richte.

Mit der Frage, ob eine Umwandlung eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses in ein befristetes Arbeitsverhältnis im Rahmen einer Altersteilzeitvereinbarung einen wichtigen Grund nach § 159 darstellen könne, beschäftigt sich das BSG in seiner Entscheidung vom 12.10.2017 (B 11 AL 17/16 R).

Die Frage des Eintritts einer Sperrzeit bei fehlendem Nachweis von Eigenbemühungen standen in zwei Verfahren des BSG vom 4.4.2017 (B 11 AL 19/16 R und 5/16 R) zur Entscheidung. Das Gericht setzte sich mit der Rechtsnatur von Eingliederungsvereinbarungen auseinander und definierte die Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit bei unangemessenen Leistungsverpflichtungen gegenüber dem Arbeitsuchenden durch die Arbeitsverwaltung.

Die Rechtsfolge des Ruhens von Arbeitslosengeld gemäß § 158 bzw. § 143a aF bei Zahlung einer Abfindung/Entlassungentschädigung behandelte das Gericht in seiner Entscheidung vom 8.12.2016 (B 11 AL 5/15 R) und wies auf die Unterschiede einer Abfindung nach § 1a KSchG, die nicht zu einem Ruhen führt, gegenüber einer Abfindung/Entlassungentschädigung nach § 158 (§ 143a aF) hin. Weitreichende Bedeutung hat die Entscheidung des BSG vom 12.10.2016 (B 11 AL 6/15 R), in der es um die Rechtmäßigkeit einer Auflage zur gewerblichen Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis ging. Entscheidend war in diesem Fall, dass das Gericht die Klägerin als ein Mischunternehmen mit nicht überwiegender Arbeitnehmerüberlassung bezeichnete, das nicht von der im AÜG eröffneten Möglichkeit der Bezugnahme auf Tarifverträge ausgeschlossen war. Sinn und Zweck des AÜG, so das BSG, geboten nicht die Gel tung des Überwiegensprinzips für nicht tarifgebundene Mischunternehmen.

Mit den nicht immer vorhergesehenen Folgen eines Lohnverzichts beschäftigte sich das BSG in seiner Entscheidung vom 24.8.2017 (B 11 AL 16/16 R) in dem ein Lohnverzicht zur Stabilisierung des Arbeitsverhältnisses geleistet, gleichzeitig aber

Vorwort

vereinbart wurde, dass die Entgeltansprüche nachzuzahlen seien, wenn der Zweck des Verzichts verfehlt werde. Das BSG setzt sich mit der Regelung des § 151 Abs. 2 Nr. 1 sowie der Entscheidung des Senats vom 11.6.2015 (B 11 AL 13/14 R) auseinander und begründet die Berücksichtigung des Nachzahlungsbetrages als Bemessungsentgelt.

Das Gericht hielt einen Anspruch eines Künstlers auf Aufnahme in die Schauspielkartei der ZAV-Künstlervermittlung für gegeben, weil die Voraussetzungen einer Ermessensreduzierung auf Null vorlägen. Dies sei jedenfalls dann gegeben, wenn Arbeitgeber bei zu besetzenden offenen Stellen an Theatern sich fast ausschließlich dieser Kartei bedient und die Nichtaufnahme damit faktisch zur Nichtvermittlung des Arbeitssuchenden führe.

Mit der Rechtslage vor dem 1.8.2016, an dem gesetzlich geregelt wurde, dass das Versicherungsverhältnis von Gefangenen während arbeitsfreier Sonnabende, Sonntage und gesetzlicher Feiertage als fortbestehend gelte, wenn diese Tage innerhalb eines zusammenhängenden Arbeitsabschnitts liegen, beschäftigt sich das Gericht in seiner Entscheidung vom 12.9.2017 (B 11 AL 18/16 R).

Diese von den Autoren sicherlich in gewissem Maße subjektiv vorgenommene (in diesem Jahr auf die BSG Rechtsprechung beschränkte) Aufzählung von Leiturteilen könnte noch um Entscheidungen des BSG zum Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein, zur Förderung aus dem Vermittlungsbudget sowie den Leistungen für Grenzgänger nach der EG-VO 883/2004 und weiteren Entscheidungen der Instanzgerichte erweitert werden. Dies würde aber den Rahmen eines Vorwortes sprengen. Die Vielfalt der SGB III-Rechtsprechung findet der Leser/die Leserin in der nachfolgenden Kommentierung der Vorschriften.

Die Autoren wünschen den Leserinnen und Lesern die angemessene Lösung ihrer Probleme und Fälle durch die Handhabung des Kommentars und sich selbst Anregungen.

Kritik und Verbesserungsvorschläge (bitte unter dem Stichwort „Brand, SGB III“ direkt an den „Verlag C.H. Beck, Juristisches Lektorat, Wilhelmstraße 9, 80801 München“), um diesen Kommentar noch praxistauglicher zu machen als er vielleicht schon ist.

München, im März 2018

Die Autoren

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Im Einzelnen haben bearbeitet:	XIX
Zusätzlich zum SGB III abgedruckte Vorschriften	XXI
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII

Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung –

Erstes Kapitel. Allgemeine Vorschriften

Erster Abschnitt. Grundsätze

§ 1 Ziele der Arbeitsförderung	1
§ 2 Zusammenwirken mit den Agenturen für Arbeit	5
§ 3 Leistungen der Arbeitsförderung	10
§ 4 Vorrang der Vermittlung	12
§ 5 Vorrang der aktiven Arbeitsförderung	14
§ 6 (aufgehoben)	14
§ 7 Auswahl von Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	14
§ 8 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	18
§§ 8a, 8b (aufgehoben)	20
§ 9 Ortsnahe Leistungserbringung	20
§ 9a Zusammenarbeit mit den für die Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen gemeinsamen Einrichtungen und zugelassenen kommunalen Trägern	23
§ 10 (aufgehoben)	24
§ 11 Eingliederungsbilanz	24

Zweiter Abschnitt. Berechtigte

§ 12 Geltung der Begriffsbestimmungen	28
§ 13 Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter	28
§ 14 Auszubildende	30
§ 15 Ausbildung- und Arbeitsuchende	31
§ 16 Arbeitslose	32
§ 17 Drohende Arbeitslosigkeit	33
§ 18 Langzeitarbeitslose	35
§ 19 Behinderte Menschen	40
§ 20 Berufsrückkehrende	42
§ 21 Träger	43

Dritter Abschnitt. Verhältnis der Leistungen aktiver Arbeitsförderung zu anderen Leistungen

§ 22 Verhältnis zu anderen Leistungen	45
§ 23 Vorleistungspflicht der Arbeitsförderung	52

Zweites Kapitel. Versicherungspflicht

Erster Abschnitt. Beschäftigte, Sonstige Versicherungspflichtige

§ 24 Versicherungspflichtverhältnis	55
§ 25 Beschäftigte	59

Inhaltsverzeichnis

§ 26	Sonstige Versicherungspflichtige	83
§ 27	Versicherungsfreie Beschäftigte	95
§ 28	Sonstige versicherungsfreie Personen	109

Zweiter Abschnitt. Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag

§ 28 a	Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag	112
--------	---	-----

Drittes Kapitel. Aktive Arbeitsförderung

Erster Abschnitt. Beratung und Vermittlung

Erster Unterabschnitt. Beratung

§ 29	Beratungsangebot	121
§ 30	Berufsberatung	124
§ 31	Grundsätze der Berufsberatung	126
§ 32	Eignungsfeststellung	128
§ 33	Berufsorientierung	129
§ 34	Arbeitsmarktberatung	129

Zweiter Unterabschnitt. Vermittlung

§ 35	Vermittlungsangebot	130
§ 36	Grundsätze der Vermittlung	139
§ 37	Potenzialanalyse und Eingliederungsvereinbarung	144
§ 38	Rechte und Pflichten der Ausbildung- und Arbeitsuchenden	148
§ 39	Rechte und Pflichten der Arbeitgeber	157

Dritter Unterabschnitt. Gemeinsame Vorschriften

§ 40	Allgemeine Unterrichtung	159
§ 41	Einschränkung des Fragerights	161
§ 42	Grundsatz der Unentgeltlichkeit	162
§ 43	Anordnungsermächtigung	164

Zweiter Abschnitt. Aktivierung und berufliche Eingliederung

§ 44	Förderung aus dem Vermittlungsbudget	167
§ 45	Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	173
§ 46	Probebeschäftigung und Arbeitshilfe für behinderte Menschen	187
§ 47	Verordnungsermächtigung	190

Dritter Abschnitt. Berufswahl und Berufsausbildung

Erster Unterabschnitt. Übergang von der Schule in die Berufsausbildung

§ 48	Berufsorientierungsmaßnahmen	191
§ 49	Berufseinstiegsbegleitung	193
§ 50	Anordnungsermächtigung	197

Zweiter Unterabschnitt. Berufsvorbereitung

§ 51	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	197
§ 52	Förderungsbedürftige junge Menschen	204
§ 53	Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme	207
§ 54	Maßnahmekosten	208
§ 54 a	Einstiegsqualifizierung	210
§ 55	Anordnungsermächtigung	217

Dritter Unterabschnitt. Berufsausbildungsbeihilfe

§ 56	Berufsausbildungsbeihilfe	218
------	-------------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

§ 57	Förderungsfähige Berufsausbildung	220
§ 58	Förderung im Ausland	224
§ 59	Förderungsfähiger Personenkreis	226
§ 60	Sonstige persönliche Voraussetzungen	233
§ 61	Bedarf für den Lebensunterhalt bei Berufsausbildung	236
§ 62	Bedarf für den Lebensunterhalt bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen	238
§ 63	Fahrkosten	240
§ 64	Sonstige Aufwendungen	243
§ 65	Besonderheiten beim Besuch des Berufsschulunterrichts in Blockform	245
§ 66	Anpassung der Bedarfssätze	247
§ 67	Einkommensanrechnung	247
§ 68	Vorausleistung von Berufsausbildungsbeihilfe	253
§ 69	Dauer der Förderung	258
§ 70	Berufsausbildungsbeihilfe für Arbeitslose	260
§ 71	Auszahlung	261
§ 72	Anordnungsermächtigung	262

Vierter Unterabschnitt. Berufsausbildung

§ 73	Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung behinderter und schwerbehinderter Menschen	262
§ 74	Unterstützung und Förderung der Berufsausbildung	266
§ 75	Ausbildungsbegleitende Hilfen	269
§ 76	Außenbetriebliche Berufsausbildung	272
§ 77	Sonstige Förderungsvoraussetzungen	275
§ 78	Förderungsbedürftige junge Menschen	275
§ 79	Leistungen	278
§ 80	Anordnungsermächtigung	281

Fünfter Unterabschnitt. Jugendwohnheime

§ 80a	Förderung von Jugendwohnheimen	282
§ 80b	Anordnungsermächtigung	284

Vierter Abschnitt. Berufliche Weiterbildung

§ 81	Grundsatz	285
§ 82	Förderung besonderer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	296
§ 83	Weiterbildungskosten	299
§ 84	Lehrgangskosten	301
§ 85	Fahrkosten	303
§ 86	Kosten für auswärtige Unterbringung und für Verpflegung	305
§ 87	Kinderbetreuungskosten	306

Fünfter Abschnitt. Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Erster Unterabschnitt. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

§ 88	Eingliederungszuschuss	309
§ 89	Höhe und Dauer der Förderung	315
§ 90	Eingliederungszuschuss für behinderte und schwerbehinderte Menschen	317
§ 91	Zu berücksichtigendes Arbeitsentgelt und Auszahlung des Zuschusses	320
§ 92	Förderungsausschluss und Rückzahlung	322

Zweiter Unterabschnitt. Selbständige Tätigkeit

§ 93	Gründungszuschuss	327
§ 94	Dauer und Höhe der Förderung	334

Inhaltsverzeichnis

Sechster Abschnitt. Verbleib in Beschäftigung

Erster Unterabschnitt. Kurzarbeitergeld

Erster Titel. Regelvoraussetzungen

§ 95 Anspruch	336
§ 96 Erheblicher Arbeitsausfall	343
§ 97 Betriebliche Voraussetzungen	355
§ 98 Persönliche Voraussetzungen	357
§ 99 Anzeige des Arbeitsausfalls	364
§ 100 Kurzarbeitergeld bei Arbeitskämpfen	369

Zweiter Titel. Sonderformen des Kurzarbeitergeldes

§ 101 Saison-Kurzarbeitergeld	371
§ 102 Ergänzende Leistungen	386
§ 103 Kurzarbeitergeld für Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter	395

Dritter Titel. Leistungsumfang

§ 104 Dauer	397
§ 105 Höhe	400
§ 106 Nettoentgeltdifferenz	401

Vierter Titel. Anwendung anderer Vorschriften

§ 107 Anwendung anderer Vorschriften	408
--	-----

Fünfter Titel. Verfügung über das Kurzarbeitergeld

§ 108 Verfügung über das Kurzarbeitergeld	409
---	-----

Sechster Titel. Verordnungsermächtigung

§ 109 Verordnungsermächtigung	412
---	-----

Zweiter Unterabschnitt. Transferleistungen

§ 110 Transfermaßnahmen	424
§ 111 Transferkurzarbeitergeld	430
§ 111a Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld	442

Siebter Abschnitt. Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Erster Unterabschnitt. Grundsätze

§ 112 Teilhabe am Arbeitsleben	446
§ 113 Leistungen zur Teilhabe	456
§ 114 Leistungsrahmen	458

Zweiter Unterabschnitt. Allgemeine Leistungen

§ 115 Leistungen	458
§ 116 Besonderheiten	460

Dritter Unterabschnitt. Besondere Leistungen

Erster Titel. Allgemeines

§ 117 Grundsatz	465
§ 118 Leistungen	471

Zweiter Titel. Übergangsgeld und Ausbildungsgeld

§ 119 Übergangsgeld	472
§ 120 Vorbeschäftigungszzeit für das Übergangsgeld	504
§ 121 Übergangsgeld ohne Vorbeschäftigungszzeit	506
§ 122 Ausbildungsgeld	507

Inhaltsverzeichnis

§ 123	Bedarf bei Berufsausbildung	510
§ 124	Bedarf bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, bei Unterstützter Beschäftigung und bei Grundausbildung	511
§ 125	Bedarf bei Maßnahmen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches	512
§ 126	Einkommensanrechnung	513

Dritter Titel. Teilnahmelekosten für Maßnahmen

§ 127	Teilnahmelekosten für Maßnahmen	514
§ 128	Sonderfälle der Unterbringung und Verpflegung	541

Vierter Titel. Anordnungsermächtigung

§ 129	Anordnungsermächtigung	542
-------	----------------------------------	-----

Achter Abschnitt. Befristete Leistungen und innovative Ansätze

§ 130	Assistierte Ausbildung	543
§ 131	Sonderregelung zur Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern mit Aufenthaltsgestattung	551
§ 131 a	Sonderregelungen zur beruflichen Weiterbildung	551
§ 131 b	Weiterbildungsförderung in der Altenpflege	554
§ 132	Sonderregelung für die Ausbildungsförderung von Ausländerinnen und Ausländern	554
§ 133	Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen im Gerüstbauerhandwerk	556
§ 134	(aufgehoben)	557
§ 135	Erprobung innovativer Ansätze	557

Viertes Kapitel. Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld

Erster Abschnitt. Arbeitslosengeld

Erster Unterabschnitt. Regelvoraussetzungen

§ 136	Anspruch auf Arbeitslosengeld	559
§ 137	Anspruchsvoraussetzungen bei Arbeitslosigkeit	560
§ 138	Arbeitslosigkeit	564
§ 139	Sonderfälle der Verfügbarkeit	586
§ 140	Zumutbare Beschäftigungen	594
§ 141	Persönliche Arbeitslosmeldung	599
§ 142	Anwartschaftszeit	604
§ 143	Rahmenfrist	608
§ 144	Anspruchsvoraussetzungen bei beruflicher Weiterbildung	609

Zweiter Unterabschnitt. Sonderformen des Arbeitslosengeldes

§ 145	Minderung der Leistungsfähigkeit	611
§ 146	Leistungsfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	618

Dritter Unterabschnitt. Anspruchsdauer

§ 147	Grundsatz	623
§ 148	Minderung der Anspruchsdauer	626

Vierter Unterabschnitt. Höhe des Arbeitslosengeldes

Vorbemerkung §§ 149–154	632	
§ 149	Grundsatz	633
§ 150	Bemessungszeitraum und Bemessungsrahmen	635
§ 151	Bemessungsentgelt	643
§ 152	Fiktive Bemessung	656
§ 153	Leistungsentgelt	659

Inhaltsverzeichnis

§ 154 Berechnung und Leistung	667
Fünfter Unterabschnitt. Minderung des Arbeitslosengeldes, Zusammentreffen des Anspruchs mit sonstigem Einkommen und Ruhen des Anspruchs	
§ 155 Anrechnung von Nebeneinkommen	667
§ 156 Ruhen des Anspruchs bei anderen Sozialleistungen	673
§ 157 Ruhen des Anspruchs bei Arbeitsentgelt und Urlaubsabgeltung	690
§ 158 Ruhen des Anspruchs bei Entlassungsentzündigung	704
§ 159 Ruhen bei Sperrzeit	718
§ 160 Ruhen bei Arbeitskämpfen	784
Sechster Unterabschnitt. Erlöschen des Anspruchs	
§ 161 Erlöschen des Anspruchs	800
Siebter Unterabschnitt. Teilarbeitslosengeld	
§ 162 Teilarbeitslosengeld	808
Achter Unterabschnitt. Verordnungsermächtigung und Anordnungsermächtigung	
§ 163 Verordnungsermächtigung	812
§ 164 Anordnungsermächtigung	813
Zweiter Abschnitt. Insolvenzgeld	
§ 165 Anspruch	815
§ 166 Anspruchsausschluss	833
§ 167 Höhe	836
§ 168 Vorschuss	838
§ 169 Anspruchsübergang	841
§ 170 Verfügungen über das Arbeitsentgelt	843
§ 171 Verfügungen über das Insolvenzgeld	848
§ 172 Datenaustausch und Datenübermittlung	849
Dritter Abschnitt. Ergänzende Regelungen zur Sozialversicherung	
§ 173 Übernahme und Erstattung von Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung	851
§ 174 Übernahme von Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung	854
§ 175 Zahlung von Pflichtbeiträgen bei Insolvenzereignis	856
Fünftes Kapitel. Zulassung von Trägern und Maßnahmen	
§ 176 Grundsatz	861
§ 177 Fachkundige Stelle	863
§ 178 Trägerzulassung	866
§ 179 Maßnahmzulassung	869
§ 180 Ergänzende Anforderungen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	872
§ 181 Zulassungsverfahren	876
§ 182 Beirat	880
§ 183 Qualitätsprüfung	881
§ 184 Verordnungsermächtigung	884
Sechstes Kapitel. Ergänzende vergabespezifische Regelungen	
§ 185 Vergabespezifisches Mindestentgelt für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen	891
§§ 186–239 (nicht mehr belegt)	891
§§ 240–279a (aufgehoben)	891

Inhaltsverzeichnis

Siebtes Kapitel. Weitere Aufgaben der Bundesagentur

Erster Abschnitt. Statistiken, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Berichterstattung

§ 280 Aufgaben	893
§ 281 Arbeitsmarktstatistiken	893
§ 282 Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	895
§ 282a Übermittlung von Daten	899
§ 282b Verarbeitung und Nutzung von Daten für die Ausbildungsvermittlung durch die Bundesagentur	901
§ 283 Arbeitsmarktberichterstattung, Weisungsrecht	902

Zweiter Abschnitt. Erteilung von Genehmigungen und Erlaubnissen

Erster Unterabschnitt. Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern

§ 284 Arbeitsgenehmigung-EU für Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedstaaten	904
§§ 285, 286 (aufgehoben)	913
§ 287 Gebühren für die Durchführung der Vereinbarungen über Werkvertragsarbeiterinnen und Werkvertragsarbeiter	913
§ 288 Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht	915

Zweiter Unterabschnitt. Beratung und Vermittlung durch Dritte

Erster Titel. Berufsberatung

§ 288a Untersagung der Berufsberatung	932
§ 289 Offenbarungspflicht	935
§ 290 Vergütungen	935

Zweiter Titel. Bildungsvermittlung und Arbeitsvermittlung

§ 291 (aufgehoben)	936
§ 292 Auslandsvermittlung, Anwerbung aus dem Ausland	936
§§ 293–295 (aufgehoben)	937
§ 296 Vermittlungsvertrag zwischen Vermittlern und Arbeitsuchenden	937
§ 296a Vergütungen bei Bildungsvermittlung	943
§ 297 Unwirksamkeit von Vereinbarungen	944
§ 298 Behandlung von Daten	945
§§ 299, 300 (aufgehoben)	947

Dritter Titel. Verordnungsermächtigung

§ 301 Verordnungsermächtigung	948
§§ 302, 303 (aufgehoben)	949

Dritter Abschnitt. (weggefallen)

§§ 304–308 (aufgehoben)	949
-----------------------------------	-----

Achtes Kapitel. Pflichten

Erster Abschnitt. Pflichten im Leistungsverfahren

Erster Unterabschnitt. Meldepflichten

§ 309 Allgemeine Meldepflicht	951
§ 310 Meldepflicht bei Wechsel der Zuständigkeit	957

Zweiter Unterabschnitt. Anzeige- und Bescheinigungspflichten

§ 311 Anzeige- und Bescheinigungspflicht bei Arbeitsunfähigkeit	957
§ 312 Arbeitsbescheinigung	959
§ 312a Arbeitsbescheinigung für Zwecke des über- und zwischenstaatlichen Rechts	964

Inhaltsverzeichnis

§ 313 Nebeneinkommensbescheinigung	965
§ 313a Elektronische Bescheinigung	968
§ 314 Insolvenzgeldbescheinigung	970
Dritter Unterabschnitt. Auskunfts-, Mitwirkungs- und Duldungspflichten	
§ 315 Allgemeine Auskunftspflicht Dritter	972
§ 316 Auskunftspflicht bei Leistung von Insolvenzgeld	978
§ 317 Auskunftspflicht bei Kurzarbeitergeld und Wintergeld	980
§ 318 Auskunftspflicht bei Maßnahmen der beruflichen Aus- oder Weiterbildung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	981
§ 319 Mitwirkungs- und Duldungspflichten	982
Vierter Unterabschnitt. Sonstige Pflichten	
§ 320 Berechnungs-, Auszahlungs-, Aufzeichnungs- und Anzeigepflichten	985
Zweiter Abschnitt. Schadensersatz bei Pflichtverletzungen	
§ 321 Schadensersatz	991
Dritter Abschnitt. Verordnungsermächtigung und Anordnungsermächtigung	
§ 321a Verordnungsermächtigung	996
§ 322 Anordnungsermächtigung	996
Neuntes Kapitel. Gemeinsame Vorschriften für Leistungen	
Erster Abschnitt. Antrag und Fristen	
§ 323 Antragerfordernis	997
§ 324 Antrag vor Leistung	1007
§ 325 Wirkung des Antrages	1014
§ 326 Ausschlußfrist für Gesamtabrechnung	1017
Zweiter Abschnitt. Zuständigkeit	
§ 327 Grundsatz	1019
Dritter Abschnitt. Leistungsverfahren in Sonderfällen	
§ 328 Vorläufige Entscheidung	1026
§ 329 Einkommensberechnung in besonderen Fällen	1039
§ 330 Sonderregelungen für die Aufhebung von Verwaltungsakten	1040
§ 331 Vorläufige Zahlungseinstellung	1055
§ 332 Übergang von Ansprüchen	1058
§ 333 Aufrechnung	1062
§ 334 Pfändung von Leistungen	1065
§ 335 Erstattung von Beiträgen zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung	1065
§ 336 Leistungsrechtliche Bindung	1075
§ 336a Wirkung von Widerspruch und Klage	1077
Vierter Abschnitt. Auszahlung von Geldleistungen	
§ 337 Auszahlung im Regelfall	1079
Fünfter Abschnitt. Berechnungsgrundsätze	
§ 338 Allgemeine Berechnungsgrundsätze	1082
§ 339 Berechnung von Zeiten	1082

Inhaltsverzeichnis

Zehntes Kapitel. Finanzierung

Erster Abschnitt. Finanzierungsgrundsatz

§ 340 Aufbringung der Mittel	1085
--	------

Zweiter Abschnitt. Beiträge und Verfahren

Erster Unterabschnitt. Beiträge

§ 341 Beitragssatz und Beitragsbemessung	1086
§ 342 Beitragspflichtige Einnahmen Beschäftigter	1088
§ 343 (aufgehoben)	1090
§ 344 Sonderregelungen für beitragspflichtige Einnahmen Beschäftigter	1090
§ 345 Beitragspflichtige Einnahmen sonstiger Versicherungspflichtiger	1093
§ 345a Pauschalierung der Beiträge	1097
§ 345b Beitragspflichtige Einnahmen bei einem Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag	1098

Zweiter Unterabschnitt. Verfahren

§ 346 Beitragstragung bei Beschäftigten	1099
§ 347 Beitragstragung bei sonstigen Versicherten	1102
§ 348 Beitragszahlung für Beschäftigte	1107
§ 349 Beitragszahlung für sonstige Versicherungspflichtige	1112
§ 349a Beitragstragung und Beitragszahlung bei einem Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag	1116
§ 350 Meldungen der Sozialversicherungsträger	1116
§ 351 Beitragserstattung	1117

Dritter Unterabschnitt. Verordnungsermächtigung, Anordnungsermächtigung und Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften

§ 352 Verordnungsermächtigung	1121
§ 352a Anordnungsermächtigung	1122
§ 353 Ermächtigung zum Erlaß von Verwaltungsvorschriften	1124

Dritter Abschnitt. Umlagen

Erster Unterabschnitt. Winterbeschäftigte-Umlage

§ 354 Grundsatz	1125
§ 355 Höhe der Umlage	1128
§ 356 Umlageabführung	1130
§ 357 Verordnungsermächtigung	1131

Zweiter Unterabschnitt. Umlage für das Insolvenzgeld

§ 358 Aufbringung der Mittel	1133
§ 359 Einzug und Weiterleitung der Umlage	1136
§ 360 Umlagesatz	1137
§ 361 Verordnungsermächtigung	1137
§ 362 (aufgehoben)	1138

Vierter Abschnitt. Beteiligung des Bundes

§ 363 Finanzierung aus Bundesmitteln	1139
§ 364 Liquiditätshilfen	1139
§ 365 Stundung von Darlehen	1140

Fünfter Abschnitt. Rücklage und Versorgungsfonds

§ 366 Bildung und Anlage der Rücklage	1141
§ 366a Versorgungsfonds	1141

Inhaltsverzeichnis

Elftes Kapitel. Organisation und Datenschutz

Erster Abschnitt. Bundesagentur für Arbeit

§ 367	Bundesagentur für Arbeit	1147
§ 368	Aufgaben der Bundesagentur	1148
§ 368a (aufgehoben)		1149
§ 369	Besonderheiten zum Gerichtsstand	1149
§ 370	Beteiligung an Gesellschaften	1151

Zweiter Abschnitt. Selbstverwaltung

Erster Unterabschnitt. Verfassung

§ 371	Selbstverwaltungsorgane	1152
§ 372	Satzung und Anordnungen	1153
§ 373	Verwaltungsrat	1154
§ 374	Verwaltungsausschüsse	1156
§ 374a (aufgehoben)		1157
§ 375	Amts dauer	1157
§ 376	Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen	1157

Zweiter Unterabschnitt. Berufung und Abberufung

§ 377	Berufung und Abberufung der Mitglieder	1158
§ 378	Berufungsfähigkeit	1159
§ 379	Vorschlagsberechtigte Stellen	1159

Dritter Unterabschnitt. Neutralitätsausschuss

§ 380	Neutralitätsausschuss	1161
-------	---------------------------------	------

Dritter Abschnitt. Vorstand und Verwaltung

§ 381	Vorstand der Bundesagentur	1162
§ 382	Rechtsstellung der Vorstandsmitglieder	1163
§ 383	Geschäftsführung der Agenturen für Arbeit	1165
§ 384	Geschäftsführung der Regionaldirektionen	1165
§ 385	Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt	1165
§ 386	Innenrevision	1166
§ 387	Personal der Bundesagentur	1167
§ 388	Ernennung der Beamtinnen und Beamten	1169
§ 389	Anstellungsverhältnisse oberster Führungskräfte	1169
§ 390	Außertarifliche Arbeitsbedingungen und Vergütungen	1170
§ 391 (aufgehoben)		1172
§ 392	Obergrenzen für Beförderungssämter	1172

Vierter Abschnitt. Aufsicht

§ 393	Aufsicht	1173
-------	--------------------	------

Fünfter Abschnitt. Datenschutz

§ 394	Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten durch die Bundesagentur	1174
§ 395	Datenübermittlung an Dritte; Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten durch nichtöffentliche Stellen	1175
§ 396	Kennzeichnungs- und Maßregelungsverbot	1175
§ 397	Automatisierter Datenabgleich	1176
§ 398	Datenübermittlung durch beauftragte Dritte	1177
§§ 399–403 (wegefallen)		1178

Inhaltsverzeichnis

Zwölftes Kapitel. Bußgeldvorschriften

Erster Abschnitt. Bußgeldvorschriften

§ 404 Bußgeldvorschriften	1179
§ 405 Zuständigkeit, Vollstreckung und Unterrichtung	1185

Zweiter Abschnitt. (aufgehoben)

§§ 406, 407 (aufgehoben)	1188
------------------------------------	------

Dreizehntes Kapitel. Sonderregelungen

Erster Abschnitt. Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands

§ 408 Besondere Bezugsgröße und Beitragsbemessungsgrenze	1189
§§ 409–416a (aufgehoben)	1189

Zweiter Abschnitt. Ergänzungen für übergangsweise mögliche Leistungen und zeitweilige Aufgaben

§ 417 (aufgehoben)	1190
§ 418 Tragung der Beiträge zur Arbeitsförderung bei Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1190
§ 419 Sonderregelungen zu Kurzarbeitergeld, Qualifizierung und Arbeitslosengeld	1192
§ 420 Versicherungsfreiheit von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Programms Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	1197
§ 420a (aufgehoben)	1197
§ 421 Förderung der Teilnahme an Sprachkursen	1197
§ 421a Arbeiten in Maßnahmen des Arbeitsmarktprogramms Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen	1199
§§ 421b–421u (aufgehoben bzw nicht mehr belegt)	1199

Dritter Abschnitt. Grundsätze bei Rechtsänderungen

§ 422 Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	1200
§§ 423, 424 (aufgehoben)	1202

Vierter Abschnitt. Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Einordnung des Arbeitsförderungsrechts in das Sozialgesetzbuch

§ 425 Übergang von der Beitrags- zur Versicherungspflicht	1203
§§ 426, 427 (aufgehoben)	1203
§ 427a Gleichstellung von Mutterschaftszeiten	1204
§ 428 Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen	1205
§ 429 (aufgehoben)	1206
§ 430 Sonstige Entgeltersatzleistungen	1209
§§ 431–433 (aufgehoben)	1210

Fünfter Abschnitt. Übergangsregelungen auf Grund von Änderungsgesetzen

§ 434 Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	1211
§§ 434a–434x (aufgehoben bzw nicht mehr belegt)	1212
§ 435 Gesetz zur Vereinfachung der Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat	1212
§ 436 Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	1213
§ 437 Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	1213
§ 438 (aufgehoben)	1214
§ 439 Siebtes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	1215
§ 440 Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente	1216
§ 441 Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung	1217

Inhaltsverzeichnis

§ 442 Beschäftigungschancengesetz	1217
§ 443 Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt	1218
§ 444 Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung	1222
§ 444a Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	1222
§ 445 Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	1223
§ 446 Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften	1223

Anhang A

Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit - Auszug -

Kapitel 6. Leistungen bei Arbeitslosigkeit	1225
Art. 61 Besondere Vorschriften für die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten und Zeiten einer selbstständigen Erwerbstätigkeit	1225
Art. 62 Berechnung der Leistungen	1225
Art. 63 Besondere Bestimmungen für die Aufhebung der Wohnortklauseln	1226
Art. 64 Arbeitslose, die sich in einen anderen Mitgliedstaat begeben	1226
Art. 65 Arbeitslose, die in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat gewohnt haben	1227
Art. 65a Besondere Bestimmungen für vollarbeitslose selbständig erwerbstätige Grenzgänger, sofern in dem Wohnmitgliedstaat für selbständig Erwerbstätige kein System der Leistungen bei Arbeitslosigkeit besteht	1228
Sozialversicherungswerte 2018	1229
Sachregister	1233

Anhang B